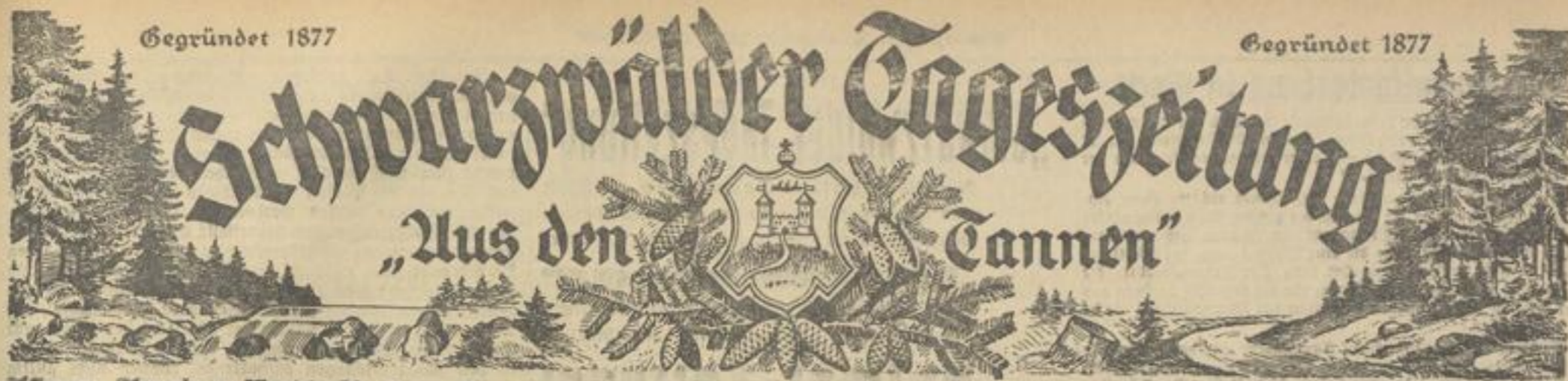


Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“



Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Erste Ausgabe: 1877. Preis: 1.50 M. pro Quartal. Einzelnummer 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Postfach-Nr. Stuttgart 5780. Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 270

Altensteig, Samstag den 28. November 1931

54. Jahrgang

Eine Rundgebung der Wirtschaft

Hauptausführung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie
Eine Rede Dr. Krappo von Böhlen

Berlin, 27. Nov. Der neue Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Dr. Krappo von Böhlen eröffnete die Hauptausführung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie mit einer Rede, in der er ausführte: Im Einvernehmen mit den Vorsitzenden des Zentralausschusses des deutschen Bau- und Baufertigwerkes, des Deutschen Industrie- und Handelskongresses, der Hauptvereine des deutschen Einzelhandels, des Reichsverbandes des deutschen Groß- und Kleinhandels, des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks, des Reichsverbandes der Privatwerkstätten und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, halte ich es für geboten, folgende Erklärung abzugeben:

Die deutsche Wirtschaft ist seit Monaten Zeuge von Vorkommnissen innerhalb ihrer Reihen, deren Zahl die Gefahr heraufbeschwört, daß sie nicht als Einzelfälle angesehen, sondern als Zeichen eines allgemeinen Niederganges der kaufmännischen Ehrbarkeit gewertet werden. Wir weisen darauf hin, daß zu allen Zeiten schwerer politischer und wirtschaftlicher Krisen, wie solche Deutschland seit nunmehr Jahrzehnten bedrängen, Einzelne verstanden haben, die Umsichtigung der Verhältnisse unter Verletzung von Treu und Glauben zum Schaden der Gesamtheit für sich auszunutzen. Der gesunde Sinn der deutschen Kaufmannschaft lehnt derartige Maßnahmen entschieden ab. Sie betrachtet unbestechliche Ehrbarkeit als höchste Pflicht aller Berufsangehörigen und ist nicht gewillt, ihren guten Namen durch Duldung lauzer Moralverfall zu gefährden zu lassen. Ueber die Abwendung trübsamer Vergehen durch den Straftäter hinaus wenden wir uns dementsprechend auch gegen jede Duldungsweise, die in Widerspruch zu dem Grundgedanken der kaufmännischen Ehre steht und mißbilligen jeden Versuch, gegen die Pflichten, die dem Unternehmer gegenüber seinem Betribe und gegenüber der Allgemeinheit obliegen.

Wir erachten es als besondere Pflicht in dieser Zeit, alle Kräfte an die Selbstreinigung der deutschen Wirtschaft zu wenden, gegenüber jedem, der vom Wege des ehrbaren Kaufmanns abweicht, eine scharfe Trennung zu ziehen und in vorkommenden Fällen die weitere Zugehörigkeit der Betroffenen zu den Organen der Spitzenverbände von dem Ergebnis der zu treffenden Beststellungen abhängig zu machen.

Abschließend erklärte er dann, es dürften allerdings den traurigen, aber immerhin im Vergleich zu der großen Gesamtheit der Unternehmungen vereinzelt nur vorgekommenen Uebeltänden nicht Verallgemeinerungen gefolgt werden. Wir erleben es tagtäglich, daß noch immer — nicht einmal böswillig — einzelne Stimmen aus dem Auslande — auf gewisse äußere Faktoren in ihrem Urteil Bezug nehmend — das jüdische Element hinter dieser Fassade nicht sehen wollen. Wir dürfen nicht zögern, auch in der Frage der Reichsreform die Schritte zu unternehmen, die von dem Zwang zu einer sparsamen, übersichtlichen und einheitlichen Verwaltung diktiert sind.

Was die Reparationsfrage betrifft, so hat die Entwicklung dieses Jahres mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Reparationen nicht nur für Deutschland eine unhaltbare Belastung darstellen, sondern daß sie auch weltwirtschaftlich gesehen ein Wagnis sind. Es ist für den Reichsverband selbstverständlich, daß er in der Front bereit steht, die in dem Versailles Vertrag festgelegte Regelung sehen, die Jahrzehnte und Geschlechter überdauern kann. Im Interesse der europäischen Völkergemeinschaft muß und wird eine Lösung gefunden werden, die dem Gedanken der fruchtbarsten Zusammenarbeit der Völker einen neuen Auftrieb gibt.

Zur Währungsfrage übergehend, erklärte der Redner: Pflicht des Reichsverbandes ist, jede Maßnahme, die die Währung zu erschüttern geeignet wäre, auf das entschiedenste abzulehnen und jede Maßnahme zu unterstützen, die der Sicherung der Währung dient.

Wir wünschen und wollen, so schloß Dr. Krappo von Böhlen seine Rede, daß die deutsche Arbeiterschaft unter materiellen Bedingungen lebt, die dem deutschen Arbeiter nicht nur eine Sicherung seiner Existenz, sondern auch dem Fleißigen und Tüchtigen wieder einen Aufstieg ermöglichen. Wir sehen es als unsere Hauptaufgabe an, dem deutschen Volke in allen seinen Schichten nach Ueberwindung der jetzigen Notzeit wieder zu einer Erhöhung der Lebenshaltung zu verhelfen und den Weg zu ebnen für einen kulturellen und nationalen Wiederaufstieg.

Zur Lage im Osten

Konflikt zwischen Zivil- und Militärbehörden in Japan?
Weitere Truppenbewegungen nach China

Tokio, 27. Nov. Entgegen den Pressemeldungen, die auf den Beginn großer Operationen hinweisen, erklärt das Ministerium des Auswärtigen, daß die Japaner nicht beabsichtigen, Tschin-tschau anzugreifen. Sollte trotzdem ein Angriff erfolgen, so würde der Austritt der Regierung unvermeidlich sein, da es in diesem Falle offenbar sein würde, daß die Truppen nicht mehr in der Hand der Regierung seien.

Fragen der Winterhilfe

Der Haushaltsausschuß des Reichstages wählte am Freitag zunächst an Stelle des nationalsozialistischen Abgeordneten Reinhardt den Abgeordneten Dr. Cretner (D.D.) zu seinem stellvertretenden Vorsitzenden. Dann vertrat der Ausschuß die Frage einer zusätzlichen Winterhilfe. An dieser Beratung beteiligten sich die Vertreter der D.D., nicht, weil die Regierung ihrer Meinung nach nicht ausreichende Unterlagen vorgelegt hätte.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

erklärte, daß es sich bei der Bereitwilligkeit der Reichsregierung, durch Bereitstellung von Mitteln eine Verbilligung der für die Ernährung mit notwendigen Produkten zu ermöglichen, um die Einführung einer Zusage handele, die sie seiner Zeit in Zusammenhang mit der Neuregelung von Zöllen gegeben habe. Für die Erklärung der D.D. habe er insofern Verständnis, als es nicht gut möglich sei, über eine neue Belastung der Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden, sowie der sozialen Versicherungsanstalten zu verhandeln, solange über die Gehaltssätze der öffentlichen Finanzen noch Verhandlungen und Beratungen schwebten. Vom Standpunkt seines Ressorts müsse er deshalb den Wunsch ausdrücken, daß im gegenwärtigen Moment keine weitere Belastung der Reichsfinanzen für die Winterhilfe beschlossen werde. In der Darstellung handele es sich bei den Wünschen nach einer Winterhilfe um Kartoffeln, Brot, Fleisch und Kohlen. Zur Verbilligung der Kohlenpreise, bei der es sich um die Ergründung einer privaten Aktion handle, sei eine Reihe von Dingen in die Wege geleitet worden, deren Ergebnis noch unübersichtlich sei; einige Reviere hätten sich bereit erklärt, Kohle umsonst zur Verfügung zu stellen, andere zu verbilligten Preisen. Besonders ins Gewicht fallen die Frachten. Während die Braunkohle, die in der Nähe von Berlin gewonnen werde, für den Transport nach Berlin keine sehr große Fracht verursache, betragen die Frachtkosten für Anthrazit nach Berlin 14 Mark pro Tonne.

Die Kohlenindustrie habe eine Million Tonnen zu 10 Mark pro Tonne zur Verfügung gestellt, jedoch der Zentner 50 Pfennig kosten würde. Wenn man davon aussehe, daß eine Familie 10 Ztr. bekomme, würde diese 1 Million Tonnen schon für 2 Mill. Familien ausreichen. Dazu trete dann die Hilfe der anderen Reviere, die auch bereits zugesagt sei, jedoch über 2 Millionen Tonnen verbilligt an Erwerbslose usw. abgegeben werden könnten. Das Reich sei bereit, noch 12 Millionen Mark beizusteuern, um die freiwillige Aktion der Kohlenindustrie zu verstärken. Auf diese Weise würde es möglich sein, die 2 Millionen Tonnen, die von den verschiedenen Reviere angeboten werden, noch einmal um 6 Mark pro Tonne zu verbilligen. Unter Zahlung von 6 Mark pro Tonne und unter Herabdrückung der Frachten könnte das Problem der Kohlenversorgung für die Erwerbslosen einigermaßen erträglich gestaltet werden.

Ueber die Brotpreiskrise werde der Reichsernährungsminister sprechen. Auch hier sei bereits eine freiwillige Verbilligungsaktion im Gange. Er persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß eine Reichsaktion zur Verbilligung der Lebensmittel für die Arbeitslosen unter Berücksichtigung dieser übrigens freiwilligen Hilfe nur noch beim Fleiß angeleitet werden müsse. Für Rindfleisch werde zur Zeit ein Preis erzielt, der weit unter dem Marktpreisverhältnis liege. Die Lage der viehwirtschaftlichen Landwirtschaft sei katastrophal geworden. Die Reichsregierung sei bereit, unter Einlösung der früher gegebenen Zusage, für die Verbilligung des Fleisches 10 Millionen Mark aufzuwenden aus Mitteln, die noch beim Reichsernährungsministerium zur Verfügung ständen, jedoch der Etat nicht von neuem belastet werde. Dazu sollen noch 5 Millionen angedient werden, jedoch die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit billigem Fleisch für die Dauer von drei Monaten sichergestellt sei.

Reichsernährungsminister Schiele:

Etwa 28 Prozent der Ernährungsausgaben entfielen auf Fleisch und tierische Fette, 15 bis 20 Prozent auf Brot und sonstige Backwaren, 14 Prozent auf Milch und Milchereiprodukte und 3,5 bis 4 Prozent auf Kartoffeln. Eine Verbilligung der Kartoffeln sei bisher schon dadurch erreicht worden, daß z. B. in Berlin auf Grund einer Abmachung zwischen dem Groß- und Kleinhandel die Rinderbrennter, Erwerbslosen usw. die sich bei den Kleinhändlern in eine Liste eingetragen hätten, Kartoffeln zu einem um 85 bis 90 Pfennig je Zentner verbilligten Satz erhielten. Dieses Beispiel Berlin habe auch in anderen Städten Schule gemacht. Was den Brotpreis anlangt, so sei, vom dem Beispiel Berlin ausgehend, in fast allen Großstädten eine Preislenkung für die Erwerbslosen einsetzten. Diese verbilligten Preise lägen in Berlin 3,2 Pfennig pro Kilogramm unter dem gewöhnlichen Konsumpreis, in Leipzig 4 Pfennig, in Dresden 4 bis 4,5 Pfennig, in Nürnberg 2 bis 3 Pfennig, in Bremen 5 Pfennig usw. Die Reichsregierung sei bestrebt, eine Kürzung der Spanne im Brotpreis allgemein herbeizuführen, doch könne im Moment, wo die Dinge noch im Flug seien, nicht näher darauf eingegangen werden. Der Minister ginge jedoch besonders auf die Frage einer Verbilligungsaktion für Fleischfleisch zu Gunsten der Erwerbslosen ein. Die Situation am Vieh- und Fleischmarkt sei durch einen um 5 Millionen zu hohen Schweinebestand von 25 Millionen Stück und einem Mehrbestand von einer halben Million Rinder gekennzeichnet. Unter diesen Umständen dür-

ten handelspolitische Maßnahmen für die Gestaltung des Viehmarktes eine sehr geringe Bedeutung, außerdem sei bis in die letzte Zeit ein Ausfuhrüberschuss an Vieh zu verzeichnen gewesen. Im Gegensatz zu den überfüllten Ställen sei ein Rückgang des Fleischverbrauches in den letzten Monaten zu beobachten. Im ersten Halbjahr 1931 sei der Fleischverbrauch zwar noch größer als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres gewesen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres seien insgesamt jedoch etwa 10 Kopf der Bevölkerung 70 Gramm weniger verzehrt worden als im Vorjahr. Zwischen dem Rückgang des Fleischverbrauches und den überfüllten Ställen müsse eine Brücke durch die von ihm vorgeschlagene Fleischverbilligungsaktion geschlagen werden. Wenn man für etwa 5 Millionen Unterstützungsempfänger das Pfund Fleisch um 30 Pfennig verbillige, und zwar für die Dauer von drei Monaten und dadurch zusätzlichen Konsum für Fleisch schaffe, so erwache dadurch dem Reich eine Belastung von etwa 15 Millionen Mark. Diese würden getragen werden vom Reichsernährungsministerium aus den Mitteln des Fleischmonopols, vom Reichskommissar und vom Reichsfinanzminister. Dieser solle damit auch das Interesse bei der Drosselung der Getreidefleischzufuhr angedeutet werden, daß für eine gewisse Zeit durch eine Verbilligungsaktion für einheimisches Fleisch ein Ersatz für die Getreidefleischzufuhr geschaffen werden solle.

Ministerialrat Krauß sprach über die Verbilligung der Brennstoffe für die Erwerbslosen. Insgesamt würden in diesem Winter durch das Zusammenwirken von Produktion, Reichsbahn und Handel schätzungsweise 40 Millionen Zentner Brennstoffe zu verbilligten Preisen den Hilfsbedürftigen zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Schieder-Merfeldt (Kom.) verlangte entsprechend einem kommunistischen Antrag eine Winterbeihilfe in Höhe von 100 RM. für den Hauptunterstützungsempfänger.

Ministerialrat Döhrer stellte fest, der Gesamtaufwand für den kommunistischen Antrag würde mindestens 770 Millionen RM. sein, und es sei unerlässlich, wobei man im gegenwärtigen Zeitpunkt diese Summe nehmen müsse.

Abg. Frau Wurm (Soz.) gab zu bedenken, daß im Frühjahr ein verringerter Viehautrieb sei, weshalb naturgemäß dann auch der Fleischpreis steigen werde.

Staatssekretär Heusinger vom Reichsernährungsministerium erklärte hierauf: Die Verbilligung von wöchentlich einem Pfund Fleisch oder Speck mit 30 Pf. unter dem Tagespreis soll in allen Verkaufsstellen mit Ausnahmsmöglichkeit ermöglicht werden. Der Kreis der Begünstigten wird die Unterstützten der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge, der Wohlfahrtsfürsorge, der Gesundheitsfürsorge und der allgemeinen Fürsorge umfassen; ihre Feststellung und die Verteilung der Berechtigungscheine sowie die Abrechnung mit den Fleischhändlern wird durch die Gemeinden erfolgen. Die Ausgabe der Berechtigungscheine soll so frühzeitig geschehen, daß der Bezug von wöchentlich einem Pfund Fleisch oder Speck Mitte Dezember beginnen kann. Bei einer Dauer der Aktion von 12 Wochen und einer Teilnahme von 5 Millionen Personen ergibt sich ein Aufwand von 1,5 Millionen RM. wöchentlich oder von 18 Millionen RM. insgesamt.

Abg. Erting (Z.) kritisierte alsdann die Braunkohlenhilfe. Was habe denn bisher der Reichskohlenkommissar geleistet? Das Wirtschaftsministerium müsse aktiver werden. Auch die Reichsbahnverwaltung sollte bei Kohlentransporten für Erwerbslose verbilligte Tarife einführen.

Ministerialdirektor Ernst bestritt, daß der Beimischungszwang von Spiritus zu den Betriebsstoffen die Ernährungsgasse für das deutsche Volk schmälere. Hätten wir diesen Beimischungszwang nicht, so wäre das Spiritusmonopol schon längst zusammengebrochen.

Ministerialrat Krauß wandte sich dagegen, daß die Kohlenaktion verkleinert werde. Geldlich sei die Verbilligung für diese Kohlenmengen unter Zusammenrechnung der Preisnachlässe der Produktion, der Reichsbahn und des Handels auf etwa 15 Millionen RM. zu schätzen.

Abg. Heinig (Soz.) befürchtete, daß ein großer Teil der für die Verbilligung zu verwendenden Gelder beim Handel, beim Hausbesitz und eventuell beim Gewerbe hängen bleibe.

Abg. Hartwig (Chr.S.) betonte, es werde nötig sein, die Maßnahmen zu treffen, um einer kommenden Verzweiflung vorzubeugen.

Abg. Freidel (W.P.) erklärte, zwar habe man das Lohn- und Gehälterkonto abgebaut, aber die Steuerlasten, die öffentlichen Abgaben, die Gebühren usw. seien nicht um einen Pfennig verringert. Und gerade diese Lasten machten den Hauptteil der Unkosten aus. Wie könne man da von einem systematischen Preisabbau reden.

Abg. Lang (D.D.) führte aus, die bayerische Bauernschaft, obwohl selbst in großer Notlage, habe bereits eine umfassende Hilfsaktion auf freiwilliger Grundlage entfaltet.

Der kommunistische Antrag wurde abgelehnt.



Abbrüstungskundgebung in Paris

Paris, 28. Nov. Der Internationale Kongress für die moralische Vorbereitung der Abrüstung, an dem 600 Delegierte aus 17 Ländern teilnahmen, wurde mit einer Sitzung eröffnet, die der Frage galt: Warum abrüsten?

Die deutsche Delegierte Frau Dr. Häders richtete einen eindringlichen Appell an die Frauen der ganzen Welt, mitzuwirken bei der Befestigung des Vertrauens zum Frieden und des Glaubens an den Frieden, ohne die eine Wiederholung der Weltkatastrophen nicht verhindert werden kann. Die Frauen fordern die Abrüstung nicht aus überfliegender Sentimentalität, sondern aus der bitteren und grausamen Erfahrung der Beraubtheit, die sie gemacht haben.

Nachdem die Rumänin Frau Cantacuzene und der italienische Abgeordnete Borriello, Vizepräsident der Internationalen Rotarier-Vereinigung, gefordert hatten, hielt Präsident Dr. Schreiber eine groß angelegte, wiederholt von hartem Beifall unterbrochene Rede. Er beleuchtete die Notwendigkeit einer schnellen Abrüstung vom europäischen und deutschen Standpunkt. Ausbau des Völkerrechts, alle zur Sicherung des Friedens abgeschlossenen Abkommen blieben ohne jede Wirkung, wenn das Weltkräften fortbestehen. Es sei eine schwere Aufgabe gegen den Völkerbund, daß der Gedanke des Rüstungstillstands erst im Jahr 1931 verwirklicht worden sei. Die Abrüstungskonferenzen des nächsten Jahres müßten dem Rüstungstillstand eine einschneidende Rüstungsreduzierung folgen lassen. Es müßte abgeklärt werden im Laufe des nächsten Jahres durch die Beschlüsse der im Februar beginnenden Allgemeinen Abrüstungskonferenzen. Die mühten alle Hemmnisse überwinden, die sich der allgemeinen Abrüstung entgegenstellen. Der belgische Vertreter Professor Kollin erklärte unter Hinweis auf den schweizerisch-japanischen Krieg, daß der Völkerbundrat es nicht dahin kommen lassen dürfe, daß ein hartes Land allein Schiedsrichter über die Notwendigkeit bleibe, ein fremdes Land zu beschützen. Wesentlich sei die volle Gleichberechtigung sämtlicher Staaten. Der radikale Abgeordnete Col, der erklärte, Frankreich wolle abrüsten, aber man müsse ihm den Eindruck vermitteln, daß ein Krieg sich nicht wiederholen werde. Abgeordneter Painleve führte aus, sein Land sei mehr um den Frieden besorgt als gerade Frankreich. Die bedingungslose Abrüstung ohne Abmachungen und ohne Vorbehaltsworte wäre aber vielleicht nicht das Heil der Welt, sondern eine Gefahr. Man dürfe in der Abrüstungsfrage keine vorsichtige Entscheidung treffen.

Abbruch der Abrüstungskundgebung

Paris, 28. November. Die Abrüstungskundgebung im Trocadero mußte abgebrochen werden. Als Herriot mit dem Führer der Frontkämpfervereinigung Co Croix du Feu sich dahin zu verständigen suchte, daß einer ihrer Leute zu Wort käme, verlangten diese, sofort das Wort ergreifen zu dürfen. Dies wurde abgelehnt.

Hierzu kamen die Manifestanten des Podium. Es kam zu Schlägereien. Herriot und de Jouvenel konnten sich nur mit Mühe vor tödlichen Angriffen schützen. Eine Kette von Polizisten bestreite sie. De Jouvenel konnte, um der Form zu genügen, wenigstens die vorgezeichneten Schlagworte sprechen.

Sämtliche auswärtigen Delegierten, die an dem Kongress teilgenommen haben, gaben ihrer Enttäuschung über die Vorfälle unvorhalten Ausdruck.

Jugendjungen wollen berichten können, daß die Kundgebungen von einer Loge ausgegangen seien, in der ein bekannter französischer Schriftsteller tonangebend war. Um diese Loge entspann sich ein heftiges Handgemenge, bis die Insassen genötigt waren, ihre Plätze zu räumen.

In der unter dem Vorhitz zweier Generale im Wagram-Saale gestern abend abgehaltenen Gegenkundgebung soll es gleichfalls zu Zwischenfällen gekommen sein. Hier sind, wie berichtet wird, kommunistische Elemente gegen die Redner ausgetreten. Erst nachdem sie aus dem Saale entfernt worden waren, konnte die Kundgebung ihren Verlauf nehmen.

Zu den Zwischenfällen im Trocadero

Die Führer der pazifistischen Bewegung in Frankreich erklären, sie seien auf etwas Derartiges nicht gefaßt gewesen und hätten sich überrumpeln lassen. Zweifellos wurden diese Demonstrationen einen bedeutungsvollen Eindruck im Auslande machen, vielleicht aber doch der pazifistischen Bewegung neuen Antrieb geben können.

Im Anschluß an die Sitzung war ein Empfang der deutschen Delegierten für den Abrüstungskongress durch Reichsleiter von Hörsing vorgesehen.

Eine englische Stimme über Europa

Lord Ruffel, dessen neuestes Buch „The scientific Outlook“ in England und Amerika viel Beachtung findet und dort als Ergänzung zu Spenglers „Untergang des Abendlandes“ gewertet wird, ist einer der bekanntesten Köpfe Englands. Man nennt ihn den „positiven Scham“. Augenblicklich weilt Ruffel in den Vereinigten Staaten, wo er Vorträge über Europa und die wahrscheinlichste Entwicklung des Abendlandes hält. Ruffel sprach in der größten Industriellerversammlung New Yorks. Er kennt Deutschland und kommt zu der Ansicht, daß Deutschland unter einer Regierung, die mehr wirtschaftlich als parteipolitisch denkt, unbedingt wieder aufzusteigen wird, da der Deutsche den „beweglichsten Geist“ von allen europäischen Völkern habe. Englands Schicksal dagegen hält Ruffel für besiegelt. Er sagt wörtlich: In dem wankenden Europa wird sich niemand finden, der das Land in seinem unerbittlichen Sturz von der einstigen Weltmachtshöhe aufhält. Durch den größten politischen Fehler der letzten drei Jahrhunderte gab England die Vorherrschaft Europas an Frankreich ab. Wenn es sich jetzt auch, in Erkenntnis dieses Fehlers, mit Deutschland verbinden will, um seine Vormachtstellung zurückzugewinnen, wird es nur ein vorübergehender Erfolg sein. Den dauernden Nutzen werden die Deutschen haben. Im günstigsten Falle wird England seinen europäischen Besitz bewahren und wird, als ein Inselreich Holland, tatenlos der europäischen Umgestaltung zusehen.

Neues vom Tage

Londoneise des französischen Finanzministers

Paris, 28. November. Finanzminister Lalande ist gestern abend nach London abgereist. In unterrichteten Kreisen erklärt man, daß diese Reise rein privaten Charakter trage.

Unsere

„Schwarzwälder Tageszeitung“

hält Sie mit allen Nachrichten aus Stadt und Land, mit den neuesten politischen Geschehnissen stets auf dem Laufenden. Unser

„Schwarzwälder Sonntagsblatt“ bietet dazu reichhaltigen Stoff zur Unterhaltung und Belehrung. Sie ist eine unentbehrliche

Heimat-Zeitung!

Reichstagsänderung abgelehnt

Berlin, 27. Nov. Dem Vorkomitee des Reichstages lag ein Antrag Torgler (Kom.) vor, den Reichstag für Mittwoch einzuberufen. Für diesen Antrag stimmten nur die Kommunisten und die Deutschnationalen, während die Nationalsozialisten überhaupt nicht vertreten waren und die Deutsche Volkspartei sowie die Wirtschaftswarte sich der Stimme enthielten. Ueber die Herabsetzung der Diäten soll das Plenum beschließen.

Die Reichsteuereinnahmen im Oktober 1931

Berlin, 27. Nov. Die Einnahmen des Reiches im Oktober 1931 betragen (in Millionen RM.) bei den Besitz- und Verkehrssteuern 603,8, bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben 289,6, zusammen 893,4. Die Gesamteinnahme im Oktober 1931 ist gegenüber der Einnahme im Oktober 1930 mit 1082,8 um 189,4 zurückgeblieben. Die Steuereingänge für das Rechnungsjahr 1931 sind neu veranschlagt worden. Daraus ergibt sich, daß gegenüber den Annahmen des vom Reichstag verabschiedeten Haushaltsplanes die Besitz- und Verkehrssteuern um 75,5, die Zölle und Verbrauchsabgaben um 276,1, die gesamten Einnahmen mithin um 1026,6 niedriger veranschlagt worden sind.

Eine halbe Million Wertpapiere auf dem Wajhtisch

Aus Köln wird berichtet: Ein Kolonialwarengroßbetrieb, der von zwei Brüdern gemeinsam geleitet wird, wurde vom zuständigen Finanzamt geprüft. Der Finanzbeamte betrat unvermutet das Schlafzimmer eines der Geschäftsinhaber und fand, wie der Stadtanzeiger meldet, einen großen, auf dem Wajhtisch ausgebreiteten Haufen Wertpapiere, und zwar Goldanleihe und Dollaranleihe in der Gesamthöhe von etwa einer halben Million Mark. Diese Vermögenswerte, von denen der Finanzamt bisher nichts wußte, wurden beschlagnahmt.

Kassendote um 6000 RM. beraubt

Harburg-Wilhelmshafen, 27. Nov. Ein Kassendote der Delwerke Schindler wurde heute nachmittag von Passanten auf der Straße verlehrt aufgefunden. Der Bote war in der einsamen Straße überfallen, mit einer Eisenkette niedergeschlagen und seiner Aktentasche mit rund 6000 RM. Lohngebern beraubt worden. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Zwei Frauen von einem Geisteskranken niedergestochen

Berlin, 27. Nov. In der Nähe von Spandau hat der 32-jährige geisteskranke frühere Bankbeamte Lehner in einem Tobichtsanzug mit einem großen Küchenmesser auf vier Frauen ein. Eine von ihnen schwab in Lebensgefahr. Der Täter ist geflüchtet und konnte bis jetzt noch nicht aufgegriffen werden. Lehner ist kreisgesperrt und gerät zuweilen aus nichtigen Gründen in Wut. Nach der Tat flüchtete er in den nahegelegenen Wald. Lehner stellte sich später selbst der Polizei und verlangte seine Festnahme. Aus seinen Reden war zunächst nicht klar zu werden. Es stellte sich dann aber später heraus, daß man es mit einem Geisteskranken zu tun hat.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 28. November 1931.

Zur Gemeinderatswahl in Altensteig

Während bei der letzten Gemeinderatswahl vor drei Jahren nur vier Wahlvorschläge eingegangen sind, wurden dieses Mal sieben eingereicht, welche in den letzten Tagen für gültig erklärt und bekanntgemacht wurden. Bis jetzt sind die Wahlvorschläge Nr. 1 und 2 (Gemeinnutz vor Eigennutz und Mittelstand) miteinander verbunden, d. h. sie werden bei der Verteilung der Gemeinderatsitze auf die einzelnen Wahlvorschläge als ein Wahlvorschlag behandelt. Weiter sind verbunden die Wahlvorschläge Nr. 6 (Gemeinwohl) mit Nr. 7 (Gemeindeinteresse). Eine Verbindung von Wahlvorschlägen hat den Zweck, die verbundenen Vorschläge zusammen zu stärken, dem Gegner gegenüber schlagkräftiger wirken zu können und die Reststimmen möglichst auszunützen, damit nicht ein allzu großer Reststimmenausfall erfolgt. Bei der Verhältniswahl kann es sehr wohl vorkommen, daß ein Bewerber mit weniger Stimmen den Vortrang hat gegenüber einem Bewerber (vom andern Wahlvorschlag) mit bedeutend mehr Stimmen. Durch Listenverbindung kann u. U. noch ein weiterer Sitz gewonnen werden. Die Gemeindeordnung hat die neue Bestimmung mit sich gebracht, daß wenn mehr als die Hälfte der Wahlzettel eines Wahlvorschlags unangeändert abgegeben werden, bei der Verteilung der Sitze auf die einzelnen Bewerber des Wahlvorschlags die Reihenfolge der Bewerber in dem Wahlvorschlag maßgebend ist. In diesem Fall ist wichtig, daß die tüchtigsten Bewerber auf dem Wahlvorschlag vorne stehen. Es wird nun aber hier zweifellos die Mehrzahl der Stimmzettel abgeändert abgegeben werden, da hier mehr die einzelne Person und nicht streng nach Parteien gewählt wird, so daß die neue Bestimmung praktisch nicht in Wirksamkeit tritt. Es werden also bei der Unterausschreibung der Sitze auf die einzelnen Bewerber innerhalb des Wahlvorschlags, wie bisher, diejenigen Bewerber des Wahlvorschlags Sitze bekommen, welche die höchsten Stimmzahlen auf sich vereinigt haben.

In erster Linie erfolgt die Verteilung der sieben Sitze auf die eingereichten sieben Wahlvorschläge, alsdann werden die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden Sitze auf die einzelnen Bewerber mit den Höchstimmenzahlen innerhalb des Wahlvorschlags verteilt. Die Stimmzettel, welche von weitem oder weißlichem Papier sein müssen und kein auf die Person des Wählers hinweisendes Kennzeichen enthalten dürfen, werden auf Kosten der betreffenden Wählervereinigungen hergestellt und vom Bürgermeisteramt aus an die Wahlberechtigten verteilt. Einem jeden Wahlberechtigten, welchem kürzlich vom Bürgermeisteramt eine Mitteilung über die Aufnahme in der Wahlkartei zugestellt wurde, werden sieben verschiedene Stimmzettel, auf welchen zusammen die Namen der 39 Bewerber aufgedruckt sind, vor dem Wahltag zugefand. Andere Personen als die in den Wahlvorschlägen enthaltenen, können nicht gültig gewählt werden. Es empfiehlt sich, den Stimmzettel vor dem Gang zum Wahlraum fertigzustellen, damit sich die Handlung bei der Wahl selbst rascher abwickelt. Jeder Wahlberechtigte hat sieben Stimmen und diese verteilt er in erster Linie auf die Bewerber des ihm zugehörigen Stimmzettels. Er kann dabei z. B. die sieben Namen der Bewerber auf dem Stimmzettel stehen lassen und gibt somit jedem Bewerber eine Stimme (unabgeänderter Stimmzettel). Er kann aber auch Stimmen häufen und zwar in der Weise, daß er einem Bewerber bis zu drei Stimmen gibt, wobei er hinter dessen Namen die Zahl 2 oder 3 setzt. Der Wähler kann also z. B. diesem Bewerber drei Stimmen, einem anderen Bewerber 2 Stimmen geben, dann kann er noch zwei weitere Bewerber mit je einer Stimme berücksichtigen. Bei dieser Stimmenhäufung ist aber wichtig, daß diejenigen Bewerber, die auf den Stimmzettel gedruckt sind, aber keine Stimme erhalten sollen, durchgeschritten werden, damit die zulässige Höchstzahl 7 nicht überschritten wird. Es ist nun nicht notwendig, daß sich ein Wähler unbedingt an einen Wahlzettel hält; er kann auch Namen von anderen Wahlvorschlägen herübernehmen, also auf seinen Wahlzettel schreiben. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß die Stimmen, die solchen Herübergenommenen gegeben werden (bei Feststellung der Stimmen des einzelnen Wahlvorschlags), dem Ursprungswahlvorschlag zugerechnet werden. Niemals aber dürfen beide Stimmzettel in den Wahlurnen gelegt werden — es wären sonst beide Stimmzettel ungültig, sofern sie nicht gleichlautend sind.

Der im Wahlraum erscheinende Wähler erhält einen amtlich gestempelten Umschlag, mit dem er in einen abgeteilten Raum tritt und daselbst den fertigen Stimmzettel in den Umschlag steckt. Alsdann begibt er sich an den Wahlvorstandstisch, nennt soweit er nicht persönlich bekannt ist, seinen Namen dem Schriftführer und übergibt, sobald sein Name vom Schriftführer in der Wahlkartei aufgefunden ist, den Umschlag dem Wahlvorsitzenden, der ihn ungeöffnet sofort in die Wahlurne legt. Wahlberechtigte, die durch körperliche Gebrechen gehindert sind, ihre Stimmzettel eigenhändig auszufüllen oder in den Umschlag zu stecken, dürfen sich in dem Wahl-Raum der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen. Im übrigen ist aber die Stimmabgabe geheim; der Zutritt zum Wahlzimmer ist jedoch jedem Wahlberechtigten gestattet. Sobald die Abstimmungszeit abgelaufen ist (nachmittags 8 Uhr), dürfen nur noch die um 8 Uhr im Wahlzimmer anwesenden Wähler abstimmen. Das Wahlergebnis wird voraussichtlich noch am Sonntagvormittag ermittelt.

Von der Handelskammer Calw. Am 24. November fand auf dem Rathaus in Calw eine öffentliche Handelskammerung unter dem Vorsitz des Herrn Direktor Sannwald in Calw statt. Zunächst wurde die Handelskammerwahl infolge des Ausscheidens von vier Mitgliedern mit Ablauf dieses Jahres auf den 28. Januar 1932 von 10—12 Uhr festgesetzt. — Eingehend besprochen wurden die Vorschläge, die seitens des Reichsparlamentarismus und in „kritischen Betrachtungen“ durch die gefährdeten Oberamtsstädte gemachten Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung in Württemberg. Als besonders wünschenswert erschien dabei der Gedanke, die Unterhaltung sämtlicher Straßen auf den Staat zu übernehmen. Freilich müßte der Weg einer endgültigen Finanzierung noch gefunden werden. Obwohl die Frage der Neueinteilung der Oberämter zur Zeit nicht mehr als dringlich erscheint, wurde doch auch die Frage für die Handelskammer aus einer solchen Neuerung besprochen. Einmütig setzte sich die Kammer für die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Schwarzwaldkammer im bisherigen Bestand ein. — Herr Riethammer, Herzberg, berichtete eingehend über die bedeutamen Verhandlungen über die künftige Gestaltung der Maßnahmen, die vom Württ. Wirtschaftsministerium gegen Einheitspreisgeheimnisse und Warenhäuser vorgeschlagen wurden. Die Kammer stellt sich grundsätzlich auf den Standpunkt, daß die Existenz des Einzelhandels durch diese Geheimnisse auf das Entscheidende bedroht sei, und daß es daher als Pflicht der Wirtschaft und insbesondere unserer Kammer erscheine, sich vollkommen hinter die Vorschläge des Württ. Wirtschaftsministers zu stellen. Da die endgültige Entscheidung beim Reich liegt, ist natürlich nicht abzusehen, ob dem Eintreten der württ. Regierung ein Erfolg beschieden sein wird. — Am 1. 4. 1936 sollen die Zwangsgehalte im Mietrecht außer Kraft gesetzt werden. Die Handelskammer ist der Auffassung, daß nur die vollkommene Wiedereinführung des Mietrechts des V.G.B. für die Zukunft in Betracht kommen könne. Es erscheint als unmöglich, in ein Gesetzgesetz wie das V.G.B., das auf viele Jahrzehnte lang gelten soll, in einer unruhigen und unsicheren Zeit neu zu gestalten. — Nach einem Bericht des Herrn Carl Schmid, Calw, über die neu errichtete Zulassungs- und Prüfungsstelle für Wirtschaftsprüfer in Stuttgart — eine von der Kammer nur mit Protest anerkannte Einrichtung — erhebt die Kammer noch die Forderung für eine alsbaldige Ermöglichung der Post- und Fernsprengerühren auf Grund der allgemeinen Preislenkung der Lebenshaltungskosten. — Nach dem Landtagsbericht hat vor wenigen Tagen der württ. Wirtschaftsminister die Befürchtung ausgesprochen, daß die naheliegende Gefahr bestehe, daß die Versicherungskammer in Württemberg aufgehoben und vereinfacht werden könnten. Diese Mahnung würde für die Wirtschaft und für die Versicherungen in Württemberg gleich verhängnisvoll werden. Die Kammer beschließt, auch bei den Spitzenverbänden die Forderung zu stellen, daß gegen derartige Pläne der Regierung auf das schärfste Front gemacht wird. — Nach dreieinhalbständiger Sitzung schloß der Vorsitzende die Verhandlungen.

Politische Versammlungen. Heute abend finden hier zwei politische Versammlungen statt. Die R.S.D.A.P. Ortsgruppe Altensteig, hat ihre Versammlung im Saal des „Grünen Baum“. Es spricht dabei SA-Führer von Jagow über das Thema „Dem Ziel entgegen“.



Die R.F.D. hat eine Versammlung im „Engel“, bei welcher Landtagsabgeordneter Schuef über „Die Gemeindevratswahlen“ spricht.

Jahresplan • Wenderung der Autolinie Zwerenberg—Berned—Bart—Ebhäusen. Ab Montag, den 30. November fällt die Nachmittagsfahrt nach dem Winterfahrplan Montags, Mittwochs, Samstags Zwerenberg ab 2.40 Uhr, Ebhausen an 3.20 Uhr aus. Dafür wird an diesen Tagen die Abendfahrt Zwerenberg ab 5.30 Uhr, Ebhausen an 6.15 Uhr eingeschaltet.

Ausflug des Freiballons „Stragula“ am Sonntag, den 29. ds. Mts. Anlässlich des am Sonntag, den 29. ds. Mts., 9.30 Uhr vormittags, auf dem Wajen bei Unterföhrheim stattfindenden Ausfluges des Ballons „Stragula“ unter Führung des Majors a.D. Heute wird seitens der Deutschen Luftkammer ein Wettbewerb veranstaltet, an dem alle Zuschauer teilnehmen dürfen. Bekrönter wird, nach Veranstaltung der Wettbewerbsregeln, insbesondere der Windrichtungen und Windstärke in den verschiedenen Höhenlagen, Gelegenheit gegeben, eine Schätzung des voraussichtlichen Landungsplatzes des Ballons abzugeben. Für die besten Schätzer wurde eine Reihe schöner Preise gestiftet.

Höfen a. Erz, 27. November. (Auch ein Zeichen der Zeit.) Am die freigeordnete, gewiß nicht fürstlich bezahlte Stelle des hiesigen Postleiters haben sich neben älteren Personen ungefähr dreißig Jungmänner unter 25 Jahren beworben.

Horb, 28. November. (Eine heitere Schweinejagd.) Am unteren Marktplatz wurde am Dienstagmorgen für einen hiesigen Handwerkermeister ein schlachtreifes Schwein abgejagt. Als man das dem Opfertod geweihte Tier den Grabhügel hinaufstreben wollte, riß es plötzlich aus und entwich in der Dole hinter dem Kaufhaus. Der erstaunte Weggeher verfolgte den Ausreißer auf dem geheimen Weg, den noch kein Mensch betrat. Schmutzig überzogen kamen die beiden an der Ausgangssole beim Freier Raible wieder glücklich zum Vorschein.

Stuttgart, 27. Nov. (Hilfe für die Junglehrer.) Einen hochherzigen und nachahmenswerten Beschluß faßte in seiner letzten Ausschlußsitzung die Vereinigung württ. Rektoren. Um den Vorwurf des Doppeloerdienens, der da und dort, auch in der Presse, gegen die Rektoren erhoben wurde, ein Ende zu machen, verpflichtet der Verein ab 1. Januar 1932 seine Mitglieder, die ihnen neben der Stundenermäßigung gesetzlich zustehende Funktionszulage restlos der Hilfskasse für stellenlose Junglehrer zu überweisen.

Hauptversammlung. Am Mittwoch nachmittag findet im Sitzungssaal des Württ. Wirtschaftsministeriums in Stuttgart die 26. Hauptversammlung der Württ. Landwirtschaftskammer statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Referate über den Existenzkampf der landwirtschaftlichen Betriebe, über den Zusammenbruch der Waldwirtschaft, über Erwerbslosenbefähigung, Landarbeitersicherung, Bauernförderung, über den freiwilligen Arbeitsdienst, Umschulung von Arbeitskräften, Naturalieferungen zur Abgeltung von Steuern. Es sind zwei Sitzungstage in Aussicht genommen.

Kottweil, 27. Nov. (Keine Faschingsfeier.) Nachdem im Laufe dieses Jahres die allgemeine wirtschaftliche Lage noch erüfter geworden ist, hat der Efferrat der Markthalle Kottweil in seiner letzten Sitzung beschloffen, auch im kommenden Jahr 1932 nochmals von seiner üblichen Faschingsfeier Abstand zu nehmen.

Erzstraße, 27. Nov. (Zwangsvorzeigerung.) Das Anwesen von Otto Brügger in Wolfzungen ging in der Zwangsvorzeigerung um 12 000 RM. an die Genossenschaftsbank Kottbach über. Der Schätzwert hatte 19 000 RM. betragen.

Künzelsau, 27. Nov. (Wier Einbrüche in einer Nacht.) Nachts wurde in der Redaktion des „Kocher- und Jagstboten“ eingebrochen. Außer in der Druckerei wurde noch in der Privatwohnung von Frau Direktor Uebel eingebrochen. Auch hier fiel dem Einbrecher nichts in die Hände. Weiter wurde im Nachbarhaus bei Reichsbahnassistent Hügel eingebrochen. Hier nahm der Einbrecher einen Geldbeutel mit etwa 4 RM. mit. Nun ging der Dieb in die Stadt und brach hier in das Seher-Müllersche Haus ein. Als Müller kam, sprang der Einbrecher zum Fenster hinaus und entkam leider.

Aus Bayern, 27. Nov. (Oberammergauer Mädchen in England.) Wie schon berichtet, ist die Darstellerin der Maria in den letzten Oberammergauer Passionsspielen, Anna Aug, als Hausangestellte in Sinsford bei einer alten Dame Woodlands schon seit zwei Monaten tätig. Seit April sind 20 Altersgenossinnen der Anna Aug als Stubenmädchen, Köchinnen und Kammerfrauen in England in Stellung. Durch die Wirtschaftskrise wurde das Holzschneiderdorf Oberammergau schwer betroffen, so daß die jungen Mädchen ihr Brot in der Fremde suchen müssen.

Von der neuen württ. Notverordnung

Stuttgart, 27. Nov. Am Samstag wird die zweite württembergische Notverordnung dem Finanzministerium vorgelegt werden. Bedeutende Veränderungen wird sie, wie das Stuttgarter Neue Tagblatt berichtet, nicht bringen, eine Aufhebung größerer Ämter ist, wie man hört, nicht geplant. In dieser Zeit der Unruhe will die Regierung keine großen organisatorischen Umänderungen vornehmen. Im Gebiet der eigentlichen Verwaltung, in der Bezirksverwaltung, wird die Notverordnung also keine Heberhebung bringen. Sie wird sich hauptsächlich mit kleinen Einzelproblemen befassen. Weiter soll die Frage einer Verabreichung der Landtagsabgaben behandelt werden, mit der sich, wie bekannt, der Landtag selbst nicht mehr befaßt hat. Am Samstag vormittags schon wird der Finanzausschuß des Landtags sich versammeln, um die Mitteilungen der Regierung entgegenzunehmen. Ursprünglich war geplant, die Sitzung erst am nächsten Dienstag abzuhalten.

Aus Baden

Verhinderte Brennstoffkontrolle in Oberkirch

Oberkirch, 26. November. In Stadelhofen wurden heute durch ein größeres Gendarmereiaufgebot 15 Personen verhaftet, die sich anlässlich einer gestern bei verschiedenen Landwirten vorgenommenen Jollfabung nach Schwarzburg brennereien den Beamten mit Gewalt widersetzt hatten. Die Verhafteten wurden per Kraftwagen nach Offenburg überführt.

Zu diesen schweren Ausschreitungen wird uns von zuständiger Stelle folgende Darstellung gegeben: In der Nacht zum Dienstag zwischen 12 und 1 Uhr wollten vier Zollbeamte von Oberkirch und Offenburg die Brennereien in Stadelhofen einer Kontrolle unterziehen. Die Beamten wurden aber von etwa zwanzig Burtschen im Alter von 20 bis 30 Jahren innerhalb der Ortschaft angegriffen und aufgefördert, sofort die Ortschaft zu verlassen, andernfalls sie lebend nicht mehr hinauskämen. Am Schlimmsten zu verhüten, haben die Beamten von einer Kontrolle ab und jagen sich zurück. Die Burtschen hatten ihre Mützen schief ins Gesicht gezogen, um nicht erkannt zu werden, was ihnen aber wenig nützte. Als am Mittwochmorgen die Gendarmerei vollständig in Stadelhofen erschien und die Burtschen aus ihren Betten herausholte, war es mit dem Mut der Heiden vorbei. Sie wurden in das Bezirksgefängnis Offenburg eingeliefert. In jenem Abend fand in Stadelhofen ein Volterabend und am folgenden Tage zwei Hochzeiten statt, so daß die Burtschen wohl unter der Wirkung des Rauschtranks „Keuen“ gehandelt haben. — Wie uns hierzu weiterhin aus Oberkirch berichtet wird, wurden insgesamt 15 Personen verhaftet, zwei der Burtschen sind flüchtig gegangen. Bei der Kontrolle handelte es sich um eine der üblichen, in gewissen Zeitabständen und bisher fast immer anstandslos durchgeführten nächsten Nachschau der Jollbesörden. Die Verhafteten wegen Verstoßes vor dem Offenburg Schöffengericht zu verantworten haben.

Sasbach, 27. November. (Goldene Hochzeit.) Die Eheleute Altbürgermeister E. Kühner und dessen Ehefrau, geb. Werner, feierten kürzlich in körperlicher und geistiger Frische die goldene Hochzeit. Herr Kühner war über zwei Jahrzehnte Bürgermeister und wäre i. Jt. sicher mit großer Mehrheit wiedergewählt worden, wenn er nicht ganz entschlossen abgetreten hätte.

Singen, 27. November. (Regelrechte Saalischlacht.) Die Bezirksleitung der Hitlerbewegung hatte zu einer öffentlichen Versammlung im „Kranz“ in Hilsingen eingeladen. Als Referent war Gregor Dreher aus Karlsruhe bezeichnet, der als Antwort an Unterrichtsminister D. Baumgartner über eine in einer am Sonntag abgehaltenen Zentrumsversammlung über das Thema „Wo stehen wir?“ sprechen sollte. Zur Versammlung waren 50—60 Kommunisten und etwa 40—50 Nationalsozialisten erschienen. Herr Speer (Göttingen) leitete die Versammlung. Während die Disziplinsprecher sprachen, wurde die kommunistische Internationale angestimmt und gleich darauf erscholl der Gesang der Nationalsozialisten. Dies war der Auftakt zu einer regelrechten Saalischlacht. Wein- und Biergläser, Küchenbecher und was alles greifbar war, schwirren durch die Luft. Die anwesende Gendarmerei verfügte die Saalräumung. Alles suchte durch Fenster und Türen zu entweichen. Umgeworfene Tische, zerfallene Stühle, zerbrochene Scheiben erschwerten die Flucht. Ein Blick in den „Kranzsaal“ nach der Schlacht gab jedem die Antwort auf die Frage: „Wo stehen wir?“ Dadurch daß die Nationalsozialisten auf Umwegen in ihre Wohnhöfe eilten, konnten Straßenkämpfe mit den an Zahl ihnen überlegenen Kommunisten vermieden werden.

Hilshorn, 26. November. (Jägerfreud und Jägerleid.) Bei den in Brombach abgehaltenen Freijagden wurden nicht weniger als 71 Rebe, 25 Haken und 2 Hüfse zur Strafe gebracht. Auch ein Aepfeler-Hirsch wurde schwer angeschossen. Er flüchtete über die nahe Reviorgrenze und, da zwischen den Jagdbekern keine diesbezüglichen Vereinbarungen getroffen waren, mußte der Schütze auf seine Beute verzichten, die der Nachbar mit nach Hause nahm.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

100 000 RM. unterschlagen. Bei der Zweigstelle Nürnberg der städtischen Sparkasse Koburg sind Unterschlagungen in Höhe von etwa 100 000 RM. vorgekommen. Die Unterschlagungen hat der Angestellte der Sparkasse, Schmidt, begangen, der sich zur Zeit in Untersuchungshaft befindet.

Verhinderte Zwangsvorzeigerung. Zu einer bei den Hofbesitzern Schulz und Haaf in Juliusburg bei Lauenburg wegen rückständiger Steuern angelegten Zwangsvorzeigerung waren etwa 300 Landleute unter Mitführung einer schwarzen Fahne erschienen. Trotz mehrfacher Aufforderung wurde aber kein einziges Gebot abgegeben. Dagegen lang die Menge nationalsozialistische Kampflieder. Die Verzeigerung mußte ohne Ergebnis abgebrochen werden.

Eine ganze Ortschaft in Brand gesetzt. Nachts verbrachten bis jetzt noch unbekannt Nordbrenner die in der Nähe von Traunstein liegende Ortschaft Burg durch Feuer zu vernichten. Gleichzeitig brach an allen Ecken und Enden des Dorfes Feuer aus, so daß alle Feuerwehren aus der nächsten und weiteren Umgebung alarmiert werden mußten. Nur dadurch, daß völlige Windstille herrschte, konnte die Ortschaft vor der völligen Vernichtung gerettet werden. Drei große Pauerenghöfde mit Erntevorräten fielen dem wütenden Element zum Opfer, während glücklicherweise die übrigen in Brand gesteckten Anwesen noch größtenteils gerettet werden konnten.

Großer Fabrikbrand. In der Clemens Medefindtsche Tuchfabrik in Forst entstand nachts ein Brand, durch den Teile des ersten Stockwerks, sowie das gesamte zweite und dritte Stockwerk des Hauptgebäudes vollständig vernichtet wurden.

Aus dem Gerichtssaal

Verurteilung verworren

Ebingen, 27. Nov. Hauptlehrer Theodor Müller hier hatte gegen das am 2. Oktober gegen ihn vom Amtsgericht Ballingen gefällte Urteil über 300 Mark Geldstrafe beim 3. Woblen Gefängnis wegen Verächtlichmachung des ehemaligen Reichskanzlers Müller Berufung eingelegt. Die Berufung wurde vom Landgericht Hechingen mit der Mahnabe verworren, daß schließlich das Strafmaß auf 200 Mark an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 14 Tagen ermäßigt wurde.

Sensationelle Ueberrückung im Elstertroch

Berlin, 27. Nov. In Elstertroch gab es eine sensationelle Ueberrückung. Der für heute als Zeuge geladene frühere Prof. Dr. der Berliner Anstaltsgesellschaft, der Kaufmann Ernst Sommermeier, wurde zum ersten Erkennen der Angeklagten und ihrer Verteidigung aus der Untersuchungshaft vornehmert, ohne daß bisher die Tatsache seiner Verhaftung bekannt war.

Sommermeier, ein 46jähriger Mann, wurde unter Ausweisung der Beobachtung als Zeuge gebürt und zunächst vom Vorsitzenden über den Grund seiner Inhaftierung befragt. Sommermeier erklärte, daß er seit Montag dieser Woche in Untersuchungshaft genommen worden sei und zwar werde ihm Untreue zur Last gelegt, da er in den Jahren 1927 bis 1929 Gelder in seiner Eigenschaft als Prof. Dr. der Berliner Anstaltsgesellschaft für sich verwendet haben soll. Der Staatsanwalt teilte hierzu mit, daß das Verfahren schon längere Zeit schwebt, auf den Prof. Dr. Sommermeier aber erst jetzt ausgedehnt worden sei. Der Zeuge wurde dann über den Geschäftsverkehr mit den Elstern befragt, und der Vorsitzende verlangte von ihm Auskunft über eine Reihe von Sachverhalten, wobei er darauf hinwies, daß die Sachführung sehr fehlerhaft und unzuverlässig bei der B.G. gewesen sei. Der Zeuge meinte, daß das aber, ohne sein Wissen geschehen wäre. Ferner ging der Vorsitzende auf den schon mehrfach erwähnten Defensaultrag vom Dezember 1925 ein. Die B.G. bestellte damals für 500 000 Mark Bessen bei den Elstern, jedoch die Stadt über ihren Bedarf auf fünf Jahre hinaus eingezeichnet war und der Kaufvertrag nachher wieder geändert werden mußte. Der Zeuge Sommermeier betonte, daß er mit diesem Aultrage nichts zu tun gehabt hätte. Sommermeier erklärte dann, daß während seiner Zeit buchmäßig keine Unterbilanz entstanden seien, und daß er von den Unregelmäßigkeiten erst später erfahren habe.

Rundfunk

Samstag, 29. Nov.: 7 Uhr Hamburger Solistenkonzert, 8 Uhr Gonnastil, 8.20 Uhr Morosonkonzert, 10 Uhr G. Mosenfelder, 11 Uhr Arien, 11.30 Uhr J. S. Bach, 12 Uhr Klavierkonzert, 12.30 Uhr Schallplatten, 13 Uhr Kleines Kapitel der Zeit, 13.15 Uhr Silberkonzert, 13.35 Uhr „Lustbammel durch Europa“, 14 Uhr Stunde der Jugend, 15 Uhr Stunde des Choralgesangs, 16 Uhr „J. Freiburg in der Stadt“, 17.30 Uhr Mandolinekonzert, 18.25 Uhr Ein Deutscher ohne Deutschland, 19.15 Uhr Sportbericht, 19.30 Uhr „Rom Himmel hoch, da komm' ich her“, 20.30 Uhr „Nord-Süd“, 22 Uhr Nobelpreisvortrag, 22.30 Uhr Wetter, Nachrichten, Sport, 22.50 Uhr Tanzmusik.

Montag, 30. Nov.: 6.15 Uhr Gonnastil, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 14.30 Uhr Spanischer Sprachunterricht, 15 Uhr Englischer Sprachunterricht, 15.30 Uhr Briefmarkenstunde, 16 Uhr Blumenstunde, 18.30 Uhr E. Sch. Licht Gedichte, 17.05 Uhr Konzert, 18.30 Uhr Zeit, 18.40 Uhr Vortrag: Die kritische Bedeutung des Schlichtungswesens, 19.05 Uhr Englischer Sprachunterricht, 19.25 Uhr Zeit, Wetter, Landwirtschaft, 19.30 Uhr Vortrag: „Bedeutung und Aufgaben der landwirtschaftlichen Seelung“, 20 Uhr Konzert, 20.15 Uhr Aktueller Dienst, 20.30 Uhr Entsaubertes Afrika, 21.15 Uhr Frankfurter Kompositionen, 22.30 Uhr Wetter, Nachrichten, 22.40 Uhr Schlußfunk.

Handel und Verkehr

Wirtschaft

Französische Einfuhrdekrete. Das Amtsblatt veröffentlicht mehrere Einfuhrdekrete. Danach ist das Einfuhrkontingent für Rindfleisch aus dem Ausland erschöpft, und Rinder können nicht mehr vor dem 1. Januar 1932 nach Frankreich eingeführt werden. Dagegen werde die Einfuhr von Weihnachtsbäumen während der Zeit vom 1. bis 25. Dezember 1931 erlaubt.

Prezidenten Edelmetallpreise vom 26. Nov. Ein Kilo Gold 2835 Mark, ein Kilo Silber 45.40—47.20 Mark, ein Gramm Platin 5.25, 5.15 und 5.05 Mark.

Getreide

Berliner Produktendörle vom 27. Nov. Weizen märk. 221 bis 224, Roggen märk. 196—198, Braugerste 160—170, Futter- und Industrieerste 157—160, Hafer märk. 144—148, Weizenmehl 27.75—31.75, Roggenmehl 26.75—29.15, Weizenkleie 10—10.50, Roggenkleie 10.50—11, Viktoriaerbsen 23—30, kleine Speiserbsen 25—28, Futtererbsen 17—20, Allgemeine Tendenz: fester.

Kontakte

Karl Schmid, Kaufmann in Stuttgart, früh. Jah. einer Futter- und Käsegroßhandlung in Stuttgart, unter Ablehnung des Vergleichsverfahrens. Karl Knoblauch, Kaufmann in Dohringen, Jah. der Firma Karl Knoblauch, Eisen- und Metallgroßhandlung in Dohringen, unter Ablehnung des Vergleichsverfahrens. Franz Xaver Orthuber, Wagenbauer in Stuttgart.

Legte Nachrichten

Vor Besprechungen über die Schaffung eines Reichskurortgesetzes

Berlin, 27. November. Reichsverkehrsminister Treviranus ist, wie wir erfahren, an den Reichsminister des Inneren mit dem Antrage herantreten, ein Reichskurortgesetz zum Gegenstand einer Ressortbewegung zu machen.

Vor einiger Zeit hat der Reichsverkehrsminister bereits in der Öffentlichkeit die Schaffung einer einheitlichen Grundlage für die rechtmäßige Führung der Bezeichnung „Kurort“ für notwendig erklärt, um der Fortentwicklung der deutschen Bäder die staatlich notwendige Hilfe zu geben. Ein Ort mit der Bezeichnung „Kurort“ soll den Kur- und Erholungsbedürftigen eben alles gewährt werden, was von einem Orte unter dieser Bezeichnung erwartet werden kann.

Ueber die Gestaltung eines Reichskurortgesetzes ist den zuständigen Reichsbehörden Material vom Allgemeinen Deutschen Bäderverband überreicht worden.

Explosion in den Schwarzkopff-Werken — Mehrere Arbeiter verletzt

Berlin, 27. November. In der Eisengießerei der Berlinischen Maschinenbau-A.G. normals Schwarzkopff ereignete sich, wie die „Berliner Zeitung“ meldet, im Wert Scheringstraße kurz nach 10 Uhr eine schwere Explosion. Bei der Explosion wurden zwei Arbeiter schwer verletzt, die im Krankenwagen abtransportiert werden mußten. Eine Reihe von anderen Arbeitern erlitten leichte Brandwunden.

Verstorben

Frutenhoff: Adam Wörner, Schuhmachermeister, 61 J.

Nutmäßiges Wetter für Sonntag und Montag

Unter dem Einfluß der nordwestlichen Depression ist für Sonntag und Montag mehrschad bedecktes, auch zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Kieker'schen Buchdruckerei, Altenkeim. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

